

Artikel von Boris Reitschuster (VERÖFFENTLICHT AM 08. Feb. 2025)

Enthüllt! Mit Steuergeld auf die Straße: Wie der Staat die Demos lenkt

Regierung finanziert Proteste gegen die Opposition – was für ein Skandal!



Kürzlich habe ich in den sozialen Netzwerken gepostet: „In Demokratien demonstrieren Bürger gegen die Regierung. In sozialistischen Systemen schickt die Regierung Protesttheere auf die Straße – gegen die Bürger.“ Jeder, der aufmerksam und kritisch die Nachrichten verfolgt, konnte da seine Schlüsse ziehen. Denn wie die Demonstrationen gegen die Opposition wie auf Knopfdruck parallel an den verschiedensten Orten stattfinden – auch diesen Samstag wieder – zeigt ganz offensichtlich, dass es sich hier nicht um spontane Veranstaltungen handelt – sondern, dass wir es hier mit einer strammen Organisation zu tun haben.

Neue Recherchen belegen jetzt handfest, dass dieser logische Schluss, der auch mit dem Bauchgefühl einhergeht, nicht täuscht. Bei den Demonstrationen ist massiv Steuergeld im Spiel – was in jeder funktionierenden Demokratie ein massiver Skandal wäre. In Deutschland im Jahre 2025 jedoch von den meisten großen Medien bis auf wenige Ausnahmen verschwiegen wird. Weil sie nicht Kontrolleure der Mächtigen sind, sondern Komplizen.

„Was nur die wenigsten wissen: Die Organisatoren dieser Demos sind häufig von Steuergeldern (mit-)finanziert“, schreibt die „Bild“, die offenbar davon ausgeht, dass ihre Leser schlecht informiert sind (womit sie in vielen Fällen ja auch Recht hat, angesichts ihrer eigenen Berichterstattung): „Brisant: Teilweise stecken sogar Politiker und ihre Netzwerker hinter den Demo-Vereinen!“

Und tatsächlich ist die Faktenlage erdrückend.

Und das ist kein Einzelfall. In Behörden, Schulen und Unternehmen häufen sich Berichte darüber, dass „Empfehlungen“ zur Demo-Teilnahme ausgesprochen werden – was in vielen Fällen einem unausgesprochenem Druck entspricht, sich einzureihen. Demokratische Debatten? Fehlanzeige. Wer nicht mitläuft, ist verdächtig. Solche staatlich orchestrierten ‚Empfehlungen‘ haben mit Freiwilligkeit wenig zu tun – sie sind subtile Zwangsmaßnahmen, die an dunkle Zeiten erinnern.

Es ist ein erschreckendes Muster:

- Der Staat finanziert regierungsnahen Organisationen, die Demos gegen die Opposition organisieren.
- Offizielle Behörden rufen offen dazu auf, gegen Andersdenkende auf die Straße zu gehen.
- Kritik wird sofort diffamiert – wer nicht mitmacht, steht selbst unter Verdacht.

In einem funktionierenden Rechtsstaat wäre es undenkbar, dass eine Regierung mit Steuermitteln Proteste gegen politische Gegner finanziert. Doch in Deutschland 2025 gehört es mittlerweile zur Normalität. Und große Teile der Presse klatschen Beifall beziehungsweise sehen weg. Angesichts von solchen Missständen kann man nicht mehr von wirklich demokratischen Wahlen sprechen. Denn für solche ist eine Grundvoraussetzung, dass sie fair sind. Genau das ist aber nicht der Fall, wenn die Regierung mit Steuergeldern massiv den Wahlkampf gegen die Opposition beeinflusst.